

VORLAGE FÜR DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG DER STADT LÜBBEN (SPREEWALD)

ENTSENDER

SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BESCHLUSSGEGENSTAND

Lübben gut durch heiße Sommer bringen – kurzfristige Maßnahmen für mehr Hitzeschutz

BESCHLUSSVORSCHLAG

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Hitzewelle im Juni 2026 zu prüfen, mit welchen kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen der Hitzeschutz und die Aufenthaltsqualität für Bürgerinnen, Bürger und Gäste verbessert werden können. Dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen zu berücksichtigen:

1. Hitze-Hotspots

Analyse besonders gefährdeter Orte im Stadtgebiet auf Grundlage verfügbarer Daten (z. B. Versiegelungsgrad sowie Standorte von Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen)

2. Schattenplätze

Prüfung zusätzlicher Verschattungsmöglichkeiten an stark frequentierten Plätzen und Sitzgelegenheiten, beispielsweise durch Sonnensegel, Sonnenschirme, mobile Begrünung oder begrünte Bushaltestellen

3. Hitzewarnsystem

Integration eines Hitzewarnsystems in die Verwaltungsabläufe sowie die digitale Kommunikation der Stadt (z. B. über das Hitzewarn-Widget des Deutschen Wetterdienstes)

4. Hitzeschutz-Netzwerk

Aufbau und Verstetigung eines Netzwerks zur Hitzeschutzprävention, zur Weitergabe von Hitzewarnungen sowie zur Abstimmung von Notfall- und Kommunikationsplänen mit relevanten Akteuren aus der medizinisch-pflegerischen Versorgung, der Kinder- und Jugendbetreuung, dem Tourismus sowie dem Brand- und Katastrophenschutz

5. Trinkwasserangebote

Ausbau von Trinkwasserangeboten im öffentlichen Raum durch Entwicklung eines freiwilligen Netzes kostenloser Trinkwasser-Ausgabestellen gemeinsam mit

Gastronomie, Einzelhandel und öffentlichen Einrichtungen (z. B. nach dem Vorbild bestehender Refill-Initiativen)

6. Kühle Aufenthaltsorte

Identifizierung und Kennzeichnung öffentlich zugänglicher Gebäude als kühle Aufenthaltsorte während extremer Hitze einschließlich Erfassung ihrer Öffnungszeiten sowie Aufnahme in die analogen und digitalen Informationsangebote der Stadt sowie in die touristische Kommunikation

7. Hitzeschutz bei Veranstaltungen

Berücksichtigung von Hitzeschutzmaßnahmen bei städtischen Veranstaltungen, insbesondere durch Schattenbereiche, Bewässerung von Plätzen und kostenlose Trinkwasserangebote

Bei der Prüfung sollen die Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden sowie die Empfehlungen der Fachstelle Hitzeschutz des Landes Brandenburg und des Zentralen Netzwerks Hitzeaktionsplan Brandenburg einbezogen werden.

Darüber hinaus sollen geeignete Förderprogramme des Landes Brandenburg, des Bundes und der Europäischen Union berücksichtigt werden, um bauliche und stadtplanerische Maßnahmen zur Verbesserung des Hitzeschutzes nach Möglichkeit mit Fördermitteln umzusetzen.

Über die Ergebnisse der Prüfung, die in Betracht kommenden Fördermöglichkeiten sowie bereits eingeleitete oder umgesetzte Maßnahmen soll die Stadtverordnetenversammlung bis zum Ende des ersten Quartals 2027 unterrichtet werden.

BEGRÜNDUNG / RECHTSGRUNDLAGE

Die außergewöhnliche Hitzewelle Ende Juni 2026 hat die weitreichenden Auswirkungen extremer Hitze auf das öffentliche Leben eindrucksvoll verdeutlicht: Veranstaltungen mussten verschoben oder angepasst werden, Rettungsdienste und Krankenhäuser verzeichneten eine erhöhte Zahl hitzebedingter Einsätze und auf der A13 kam es infolge hitzebedingter Fahrbahnaufbrüche zu erheblichen Verkehrsbehinderungen und Unfällen. Während die anhaltend hohen Temperaturen eine spürbare Belastung für Natur und Umwelt darstellten, verursachten die anschließenden Unwetter unter anderem an der Spreelagune und auf dem Campingplatz merkliche Schäden mit finanziellen Folgekosten.

Diese Entwicklungen sind kein Ausnahmeereignis. Nach Prognosen des Landesamts für Umwelt wird die Zahl der zu erwartenden Hitzetage in unserer Region im Zeitraum von 2030 bis 2061 auf etwa 18 Tagen pro Jahr ansteigen. Damit werden längere Hitzeperioden zu einer dauerhaften Herausforderung für Bevölkerung, Infrastruktur, Wirtschaft und Tourismus.

Als staatlich anerkannter Erholungsort ist die Stadt Lübben (Spreewald) in besonderem Maße gefordert, auf diese Entwicklungen zu reagieren. Ein attraktiver und sicher nutzbarer öffentlicher Raum erhöht nicht nur die Lebensqualität unser Bürgerinnen und Bürger, sondern ist auch für den Aufenthalt unserer Gäste von entscheidender Bedeutung.

Hitzeschutz ist daher keine abstrakte Zukunftsfrage mehr, sondern eine gesundheitliche, wirtschaftliche und touristische Notwendigkeit. Bereits mit einfachen, kurzfristig umsetzbaren und möglichst kostengünstigen Maßnahmen können die Auswirkungen extremer Hitze spürbar gemindert werden.

Die vorliegende Beschlussvorlage knüpft an die im Juli 2025 begonnene Informationsarbeit der Stadt Lübben (Spreewald) zu diesem Thema an. Ziel ist es, die Verwaltung mit der Prüfung kurzfristig umsetzbarer Maßnahmen zu beauftragen, damit bereits in den kommenden Sommern wirksame Verbesserungen für Bürgerinnen, Bürger und Gäste erreicht werden können.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind überwiegend mit geringem finanziellem Aufwand oder im Rahmen bestehender Verwaltungs- und Unterhaltungsaufgaben umsetzbar. Soweit einzelne Maßnahmen zusätzliche Kosten verursachen, sind diese im Rahmen der Prüfung darzustellen. Fördermöglichkeiten von Land, Bund und Europäischer Union sowie die zweckgebundenen Mittel aus den kommunalen Zuschüssen der Erneuerbaren Energien (Erneuerbare-Energien-Sonderabgabengesetz, BbgEESG) sollen vorrangig genutzt werden.